

Positionspapier der Stahlbaubranche:
„Für eine zukunftsfähige Industriepolitik in Deutschland“

Einleitung

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist durch anhaltend schwache Wachstumsimpulse, strukturelle Herausforderungen und zunehmende internationale Unsicherheiten geprägt. Neben globalen Faktoren wie protektionistischen Maßnahmen und handelspolitischen Spannungen bestehen auf nationaler Ebene erhebliche Standortnachteile, insbesondere infolge einer hohen regulatorischen Belastung, unzureichender Infrastruktur, steigender Energiekosten und langsamer Digitalisierung. Diese Entwicklungen betreffen die deutsche Industrie insgesamt und die deutsche Stahlbaubranche im Besonderen.

Die im März 2025 erfolgte Einführung des Artikels 143h in das Grundgesetz schafft die rechtliche Grundlage, um notwendige Investitionen in Infrastruktur und wirtschaftsrelevante Strukturen im größeren Umfang zu realisieren. Das damit verbundene Sondervermögen stellt ein zentrales Instrument dar, das gezielt zur Bewältigung bestehender Herausforderungen eingesetzt werden kann. Die deutsche Stahlbaubranche als tragende Säule der Industrie, vertreten durch bauforumstahl, appelliert an die Bundesregierung, diese Chance entschlossen zu nutzen, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken und die Rahmenbedingungen für Unternehmen substanziell zu verbessern.

Energieversorgung zukunftssicher und wettbewerbsfähig gestalten

Für die strategische Planung und Investitionsentscheidungen ist die Wirtschaft auf stabile Rahmenbedingungen angewiesen. Zentrale Voraussetzungen hierfür sind zum einen die verlässliche Verfügbarkeit ausreichender Energiemengen und zum anderen ein wettbewerbsfähiges Strompreisniveau. Diese Notwendigkeiten sind im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung grundsätzlich anerkannt worden; entscheidend ist nun deren konkrete Umsetzung.

Vor diesem Hintergrund spricht sich bauforumstahl e.V. für folgende Maßnahmen aus:

- die zügige Einführung eines Industriestrompreises für energieintensive Unternehmen,
- eine dauerhafte Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß,
- zeitlich befristete, gezielte Energiepreisstützungen zur Überbrückung,
- eine langfristig angelegte, effizienzorientierte Energiepolitik.

Darüber hinaus ist der Ausbau von Gaskraftwerken als Übergangstechnologie erforderlich, um Versorgungssicherheit auch in Zeiten geringer Einspeisung aus erneuerbaren Energien (sog. Dunkelflauten) zu gewährleisten. Parallel dazu müssen der Netzausbau und die Anpassung der Energieinfrastruktur mit dem steigenden Bedarf Schritt halten. Diese Maßnahmen ergänzen eine notwendige strukturelle Reform des Energiemarktes, die u. a. die Netzplanung, den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien sowie den Hochlauf einer grünen Wasserstoffwirtschaft umfasst. Diese Schritte sind von zentraler Bedeutung für die Sicherung des Wirtschafts- und Industriestandorts Deutschland.

Standortbedingungen verbessern und Industrie entlasten

Im internationalen Wettbewerb sehen sich Unternehmen in Deutschland mit strukturellen Standortnachteilen konfrontiert, die insbesondere durch eine hohe regulatorische Belastung entstehen. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ist eine gezielte Entlastung der Industrie erforderlich. Vor diesem Hintergrund begrüßt bauforumstahl die geplante Abschaffung der Berichtspflicht nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) sowie die Verschiebung entsprechender europäischer Richtlinien. Diese Maßnahmen stellen einen ersten Schritt dar, dem ein weitergehender Abbau übermäßiger Bürokratie und regulatorischer Komplexität folgen sollte. Zudem ist die Beschleunigung und Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren notwendig. Eine Reduzierung des administrativen Erfüllungsaufwands sowie eine leistungsfähige, digital unterstützte Verwaltung können einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der Standortattraktivität leisten.

Darüber hinaus ist eine wettbewerbsfähige Steuerpolitik erforderlich. Dazu zählen zielgerichtete steuerliche Anreize wie beispielsweise verbesserte Abschreibungsbedingungen für Investitionen in nachhaltige Technologien, eine Senkung der Unternehmensbesteuerung sowie spezielle Förderprogramme für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU). Ergänzend sollten branchenspezifische Finanzierungsinstrumente – etwa zinsgünstige Darlehen oder Investitionszuschüsse für Stahlbauunternehmen – bereitgestellt werden, um Innovation und Wachstum zu fördern.

Das Infrastruktur-Sondervermögen in Höhe von 500 Mrd. Euro bietet die Chance, Investitionen in zentrale Bereiche wie Verkehrsnetze, Brückenbau und nachhaltige Energieversorgung umzusetzen. Damit diese Mittel wirksam zur Anwendung kommen, bedarf es praxisorientierter, unternehmensnah gestalteter Planungs- und Genehmigungsprozesse. Die konsequente

Einführung und Nutzung digitaler Verwaltungsverfahren (E-Government) kann hierbei einen entscheidenden Beitrag leisten, insbesondere im Hinblick auf die Kommunikation zwischen Unternehmen und Behörden.

Standortbedingungen verbessern und Industrie entlasten

Angesichts des demografischen Wandels und des zunehmenden Fachkräftemangels ist eine umfassende arbeitsmarkt- und bildungspolitische Strategie erforderlich, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit langfristig sicherzustellen. Dazu gehört die gezielte Förderung beruflicher Qualifikation im industriellen Bereich.

bauforumstahl spricht sich insbesondere für folgende Maßnahmen aus:

- Ausbau technischer Aus- und Weiterbildungsangebote,
- Stärkung dualer Studiengänge mit Schwerpunkt auf die Bedarfe der Stahlbauindustrie,
- Auflegung von Programmen zur Erhöhung der Branchenattraktivität, etwa durch Informationskampagnen, gezielte Nachwuchsförderung und Maßnahmen zur Förderung von Diversität.

Darüber hinaus sollten Potenziale des europäischen und internationalen Arbeitsmarktes gezielter erschlossen werden. Dies erfordert die Vereinfachung von Visavergabeverfahren sowie die zügige und standardisierte Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse. Flankierend ist die Integration bereits im Inland lebender Migrantinnen und Migranten weiter zu fördern. Die Umsetzung entsprechender Maßnahmen sollte zeitnah erfolgen, um bestehende Personalengpässe wirksam zu adressieren und einen Beitrag zur industriellen Transformation zu leisten.

Industrielle Transformation, Nachhaltigkeit und fairer Wettbewerb

Ein zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort erfordert eine konsequente Weiterentwicklung industrieller Strukturen. Dies umfasst insbesondere die Förderung von Innovation, Digitalisierung sowie nachhaltiger Produktion. Staatliche Unterstützung durch zielgerichtete Fördermittel und Programme – beispielsweise zur Digitalisierung von Produktionsprozessen – kann Investitionen erleichtern und den Transformationsprozess beschleunigen. Ergänzend bedarf es einer Intensivierung von Forschung und Entwicklung in Schlüsselbereichen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern.

Gleichzeitig muss der Transformationsprozess auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sein. Dazu gehören Maßnahmen zur Steigerung der Materialeffizienz, der Ausbau von Recyclingstrukturen und die Förderung geschlossener Stoffkreisläufe im Sinne einer Kreislaufwirtschaft. Konkrete Anreize, beispielsweise für den Einsatz recycelbarer Materialien wie Stahl, können dabei unterstützend wirken. Ebenso erforderlich sind technologieoffene Förderinstrumente für CO₂-arme Produktionsverfahren, etwa Elektrolichtbogenöfen oder wasserstoffbasierte Herstellungsverfahren. Die Nutzung bestehender europäischer Förderprogramme – insbesondere im Rahmen des Green Deal – bietet zusätzliche Potenziale zur Stärkung nachhaltiger industrieller Wertschöpfung.

Darüber hinaus ist dem Risiko von Carbon Leakage – also der Verlagerung emissionsintensiver Produktion in Länder mit geringeren Umweltauflagen – aktiv entgegenzuwirken. Ein CO₂-Grenzausgleichssystem kann helfen, Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, faire Marktbedingungen zu gewährleisten und unlauteren Handelspraktiken vorzubeugen. Flankierend bedarf es verlässlicher und transparenter regulatorischer Rahmenbedingungen in den Bereichen CO₂-Bepreisung, Umweltrecht und Arbeitsrecht.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Entwicklung einheitlicher Standards für nachhaltige Baustoffe und Bauweisen. Harmonisierte Normen – insbesondere auf europäischer Ebene – erhöhen die Marktchancen innovativer Produkte und tragen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bei.

Fazit und Ausblick

Die Stahlbaubranche leistet einen zentralen Beitrag zur industriellen Wertschöpfung in Deutschland und steht exemplarisch für die Herausforderungen und Potenziale des Wirtschaftsstandorts. Um die Transformation hin zu einer zukunftsfähigen, wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Industrie zu gestalten, sind zielgerichtete politische Maßnahmen notwendig. bauforumstahl fordert daher die konsequente Umsetzung einer wachstumsorientierten Industriepolitik. Diese sollte auf vier strategischen Handlungsfeldern aufbauen:

- einer verlässlichen, bezahlbaren und zukunftssicheren Energieversorgung,
- verbesserten Standortbedingungen und einem effizienten Verwaltungsrahmen,
- der Sicherung und Entwicklung von Fachkräften,
- sowie der aktiven Förderung von Innovation, Nachhaltigkeit und fairem Wettbewerb.

Die im Grundgesetz verankerten Investitionsspielräume durch das Sondervermögen bieten die Möglichkeit, strukturelle Weichenstellungen jetzt vorzunehmen. Entscheidend ist, dass die Mittel zielgerichtet eingesetzt und durch geeignete ordnungs- und steuerpolitische Maßnahmen flankiert werden.

Die Stahlbaubranche ist bereit, diesen Transformationsprozess aktiv mitzugestalten. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind nun gemeinsam gefordert, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass der industrielle Wandel zum Erfolgsmodell für den Standort Deutschland wird.

Die Stahlbaubranche ist nicht nur industrieller Rückhalt der deutschen Wirtschaft, sondern auch entscheidender Impulsgeber für deren ökologische Transformation. Die Studie „Die Stahlindustrie in Duisburg: Bedeutung und Perspektiven“ (2024), herausgegeben vom WifOR Institute im Auftrag der Stadt Duisburg, belegt eindrücklich die volkswirtschaftliche Relevanz des Sektors: Am Beispiel der Duisburger Stahlindustrie zeigt sich die enorme wirtschaftliche, beschäftigungspolitische und fiskalische Bedeutung der Branche: Allein dieser Standort steht für rund 43 % der deutschen Rohstahlproduktion und sichert über direkte und indirekte Effekte mehr als 50.000 Arbeitsplätze deutschlandweit. Auf jeden Euro BIP der Duisburger Stahlindustrie entfallen zusätzlich 1,47 Euro an gesamtwirtschaftlichem BIP.

Gleichzeitig verdeutlichen die Szenarienanalysen der Studie, welche Risiken mit einem unzureichenden politischen Handeln verbunden sind: Im ungünstigsten Fall könnten allein durch den Rückgang der Stahlproduktion in Duisburg bis zu 55.000 Arbeitsplätze und über 5 Milliarden Euro BIP in Deutschland verloren gehen. Dies betrifft nicht nur den Stahlsektor selbst, sondern auch zentrale Abnehmerbranchen wie den Maschinenbau, die Bauwirtschaft oder die Automobilindustrie.

Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Stahlproduktion – etwa durch wasserstoffbasierte Prozesse – eröffnet der Branche hingegen die Chance, eine Führungsrolle im Bereich grüner Technologien einzunehmen und erhebliche CO₂-Einsparungen zu realisieren. Um dieses Potenzial auszuschöpfen, bedarf es einer aktiven Industriepolitik, die gezielte Investitionsanreize, faire Wettbewerbsbedingungen und planbare Rahmenbedingungen schafft. Vor diesem Hintergrund fordert bauforumstahl die Bundesregierung dazu auf, die Stahlbauindustrie als integralen Bestandteil der industriellen Wertschöpfungskette zu stärken. Investitionen in Infrastruktur, Innovation, Fachkräfte und Nachhaltigkeit sind kein Selbstzweck – sie sind Voraussetzung für ein widerstandsfähiges, wettbewerbsfähiges und klimafreundliches Industrieland Deutschland.